

<i>Vorlage an:</i>	<i>Von Abteilung:</i>
<i>Ortschaftsrat Sitzenkirch</i>	<i>Rechnungsamt</i>
<i>Für die Sitzung am:</i>	<i>TOP: 6</i>
<i>- öffentlich -</i>	<i>Beratung des Haushaltsplans 2024</i>

Der Haushaltsplanentwurf 2024 wurde am 16.10.2023 in den Gemeinderat eingebracht und wird am 06.11.2023 in einer öffentlichen Verwaltungsausschusssitzung vorberaten. Am 08.11.2023 wird der Haushaltsplanentwurf 2024 in einer nichtöffentlichen außerordentlichen Haushaltsplanvorstellung unter Anwesenheit der Ortsvorsteher und Ortschaftsräte vorgestellt.

Der ausgehändigte Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 basiert auf den vollständig vorliegenden Mittelanmeldungen der Budgetverantwortlichen sowie dem Haushaltserlass 2023 vom 18.07.2023. Die Personalkosten und der Schuldendienst wurden bereits berechnet. Bei den Abschreibungen und Auflösungen wurde als Grundlage die Maßnahmenliste zu Grunde gelegt. Die angemeldeten Einzelmaßnahmen sind in separaten Listen dargestellt und noch nicht in den Ergebnishaushalt eingearbeitet worden. Im Entwurf der Haushaltssatzung 2024 wurden diese jedoch eingearbeitet. Beim Waldorfkindergarten Feuerbach wurde beim Planansatz des Betriebskostenzuschusses in Höhe von 134.100 € zudem die bisherige eingruppige Einrichtungsform zu Grunde gelegt.

Der Ergebnishaushalt 2024 weist im Planentwurf und nach den erfolgten Änderungen einen hohen Fehlbetrag in Höhe von 1.603.500 € (einschließlich der angemeldeten Einzelmaßnahmen) aus. Dieser Fehlbetrag lässt sich rein rechnerisch auf 2 wesentliche Komponenten zurückführen, wobei selbstverständlich eine Vielzahl weiterer Komponenten diesen beeinflussen. Zum einen steigen die Personalausgaben gegenüber dem Vorjahr um 856.600 €, zum anderen steigt die Kreisumlage bei einem angenommenen Hebesatz von 35,0 Prozentpunkten um 700.700 €. Alleine diese beiden Kostenblöcke generieren somit Mehraufwendungen in Höhe von 1.557.300 €!

Das Haushaltsjahr 2024 ist somit vor allem durch die steigenden Aufwendungen geprägt, wobei ein Großteil dieser Mehraufwendungen nicht oder nur geringfügig beeinflussbar ist. Zudem liegen die Energiekosten noch immer deutlich über dem Vorkriegsniveau. Auch die weiterhin hohen Baukosten und die allgemeinen inflationsbedingten Preissteigerungen belasten die Kostenseite im Jahr 2024 weiterhin. Hinzu kommen die stark erhöhten Kinderbetreuungskosten. Zudem liegen die Anteile aus der Einkommensteuer noch immer unter den Prognosen der Vorkrisenzeit (2019). Positiv sind hier die weiterhin hohen Kopfbeträge zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen hervorzuheben, so dass ein Teil der Mehraufwendungen durch die Schlüsselzuweisungen vom Land Baden-Württemberg aufgefangen werden kann.

Die finanziellen Handlungsfähigkeiten der Stadt Kandern sind somit wie bereits in den Vorjahren massiv eingeschränkt, wobei dies nicht dazu führen darf, dass notwendige Unterhalts- und Investitionsmaßnahmen ausgesetzt werden müssen. Gerade im Bereich der Unterhaltsmaßnahmen liegt die Stadt Kandern spätestens seit dem Jahr 2020 deutlich unter dem notwendigen Sollwert. Bei der Auswahl der Maßnahmen für das Jahr 2024 sollte vielmehr weiterhin das beschlossene Stadtentwicklungskonzept, welches sich dem Leitbild der Stadt Kandern unterordnet, zu Grunde gelegt werden. Hier ist v.a. die mögliche Umsetzung der Leitpro-

jekte in den Vordergrund zu stellen. Zudem sind aus der Vielzahl der im Stadtentwicklungskonzept weiteren enthaltenen Ziele und Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen einzelne Maßnahmen herauszufiltern und zudem zu definieren, in welchem Haushaltsjahr der Finanzplanung diese umgesetzt werden sollen.

Für das Jahr 2024 erfolgten von den Budgetverantwortlichen und den Ortsteilen äußerst moderate Mittelanmeldungen. Zudem wurden aufgrund der schlechten Finanzlage fast alle Budgets pauschal um 20% gegenüber der Vorjahresbudgethöhe gekürzt. Daraus resultieren Einsparungen in Höhe von 350.000 €.

Die dem Haushaltsplanentwurf 2024 zu Grunde liegende Maßnahmenliste umfasst zunächst alle Mittelanmeldungen und somit auch alle Mittelanmeldungen der Ortsteile. Bei der konkreten Maßnahmenauswahl durch die Gremien sind wie in den Vorjahren die Aspekte Förderfähigkeit, Sicherheitsrelevanz, Wirtschaftlichkeit, Abwicklung laufender Maßnahmen, Erstellung wichtiger Konzepte, Nachfinanzierung bereits beschlossener Maßnahmen sowie die Umsetzung aufgrund der Corona-Krise zurückgestellter Maßnahmen heranzuziehen.

Nach den Daten des Haushaltserlasses steigen die laufenden Zuweisungen vom Land Baden-Württemberg (Schlüsselzuweisungen, kommunale Investitionspauschale, Familienlastenausgleich) gegenüber dem Vorjahresplanwert um 737.800 €. Bei den Schlüsselzuweisungen steigt der Kopfbetrag um 128,40 €, dagegen sind jedoch die Einwohnerzahlen der Stadt Kandern zum 30.06.2023 um 72 Einwohner gegenüber dem 30.06.2022 gesunken. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steigt gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um 2,2 % bzw. um 138.400 €. Aufgrund der gestiegenen Steuerkraft des Vorjahres 2022 steigen auch die Umlagen an das Land und an den Kreis um insgesamt 955.500 € auf zusammen nun 7.726.900 €. Bei der Kreisumlage wird dabei von einem Hebesatz in Höhe von 35,0 % (Vorjahr: 32,6%) ausgegangen. Bei einem Hebesatz von 36,1 % würden sich weitere Mehraufwendungen in Höhe von 148.900 € ergeben. So reduziert sich der zur Verfügung stehende Finanzrahmen aus dem Finanzausgleich gegenüber dem Vorjahresplanwert um 65.000 € und liegt somit auch unter dem Wert des Jahres 2022. Bei der Gewerbesteuer wurde der Planansatz auf 1,7 Mio. € erhöht.

Die Personalausgaben steigen gegenüber dem Rechnungsergebnis 2022 um 34,2 % und gegenüber dem Ansatz 2023 um 13,2 % (+856.600 €) auf nun 7.337.800 €. Die Tarifsteigerung wurde gemäß dem Tarifabschluss ab dem 01.03.2024 mit einem Sockelbetrag von 200 € und anschließender Entgelterhöhung um 5,5 % eingerechnet. Für die Monate Januar und Februar 2024 fließen zudem noch jeweils 220 € für das Inflationsausgleichsgeld. Das Budget für das Leistungsentgelt wird wiederum mit 2,0 % veranschlagt. Personalmehraufwendungen in Höhe von 302.900 € ergeben sich beispielsweise bei den städtischen Kindergärten v.a. aufgrund der neuen Einrichtung Kindervilla Kandern. Hier betragen die Personalkosten nun bereits 2.225.000 €. Weiterhin wurde u.a. eine neue Archivarstelle und eine Stelle für einen städtischen Stadtjugendpfleger eingeplant (dagegen sinken die Aufwendungen für den externen Dienstleister um 35.800 € im Planansatz). Zudem gab es im Bereich der Kernverwaltung Stellenmehrungen und Höhergruppierungen (vgl. auch Organisationsuntersuchung). Bei anderen Positionen sind Beförderungen und Stufensteigerungen eingerechnet. Stellenmehrungen sind aufgrund von Aufgabenzuwächsen und definierten Qualitätsstandards erforderlich, sollten unter Berücksichtigung der daraus resultierenden dauerhaften finanziellen Belastungen und der derzeitigen Finanzlage aber immer im Einzelfall hinterfragt werden.

Die Stadt Kandern hatte in den Jahren 2018 bis 2020 ihren finanziellen Einsatz im Bereich der Bauunterhaltung ausgeweitet. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie wurden in diesem Bereich jedoch einige Maßnahmen zurückgestellt. Der notwendige Erhalt der kommunalen Gebäude, Straßen und Brücken wurde daher notgedrungen vernachlässigt, was aber keine dauerhafte Handlungsoption darstellt. Daher schlägt die Verwaltung trotz des hohen Defizits im Ergebnishaushalt 2024 u.a. die Wiederaufnahme des Straßensanierungsprogramms mit zunächst 300.000 € vor. Zudem muss der Fokus im Jahr 2024 im Bereich der Bauunterhaltung auch auf der Abarbeitung der in Vorjahren eingestellten, aber noch nicht abgearbeiteten Maßnahmen liegen (vgl. Höhe der Haushaltsreste) liegen. Die Grundansätze für die Bauunterhaltung liegen im Jahr 2024 bei 378.300 €.

Im Bereich der Energiebeschaffungen musste wiederum mit Annahmen gearbeitet werden, um die Haushaltsansätze zu definieren. Bei der Strombeschaffung liegen nun die Ergebnisse der Bündelausschreibung Strom für die Jahre 2024 und 2025 vor. Daraus ergeben sich gegenüber den gesetzten Planansätzen Minderaufwendungen in Höhe von 45.000 €. Die Preise der Energielieferung liegen aber in etwa doppelt so hoch wie vor dem Ukraine-Krieg. Gegenüber den massiv erhöhten Vorjahresansätzen sinken die Ansätze aber sowohl beim Strom (-247.500 €) als auch bei der Heizung (-99.400 €). Bei beiden Aufwandsarten liegen die Ansätze aber weiterhin deutlich höher als in den Jahren vor 2022.

Weitere Kostenmehrungen treten im Jahr 2024 beispielsweise bei den Betriebskostenzuschüssen an die nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen (+196.400 €) aufgrund der beiden neuen Naturkindergärten in Tannenkirch und Sitzenkirch, bei der Schulsozialarbeit auf Grund der reduzierten Landkreisförderung (+11.500 €) sowie bei den EDV-Kosten (+40.000 €) auf.

Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes ist unter den gegebenen Voraussetzungen wie in den Vorjahren nicht möglich, auch wenn der Ergebnishaushalt nach der GemHVO planmäßig auszugleichen ist. Die gestiegenen Erträge können die steigenden Aufwendungen z.B. aufgrund von Tarifsteigerungen, einer erhöhten Kreisumlage, gestiegenen Kinderbetreuungskosten, höheren Baukosten oder der Inflation daher nicht vollständig decken. Es ist eine immer weitergehende (unverschuldete) Scherenentwicklung zwischen Erträgen und Aufwendungen festzustellen. Eine solide Haushaltsaufstellung und Haushaltsbewirtschaftung sind so nicht mehr möglich.

Beim veranschlagten Defizit im Jahr 2024 muss auch berücksichtigt werden, dass die Ertragskraft des Ergebnishaushaltes bereits im Laufe der Jahre 2020 bis 2023 im Bereich der Steuern und Gebühren durch entsprechende Anpassung der jeweiligen Sätze erhöht wurde. Weitere Anpassungen stehen noch an. Darüberhinausgehende nennenswerte Spar- und Ertragsmöglichkeiten sind derzeit nicht erkennbar. Eine Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer ist für 2024 nicht vorgesehen. Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes 2024 ist somit nur unter Einrechnung eines Teils der Ergebnisrücklagen aus Vorjahren zu gewährleisten. Zum Jahresende 2023 verbleibt nach der derzeitigen Prognose eine Ergebnisrücklage aus den ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen der Jahre 2018 bis 2022 in Höhe von ca. 6,4 Mio. €.

Der Nettoabschreibungsaufwand (Abschreibungen abzüglich Auflösungen) beträgt im Jahr 2024 1.284.800 €. Dies sollte prinzipiell der maximale Fehlbetrag im Ergebnishaushalt darstellen, da ansonsten Liquidität aus dem Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt abfließen würde. Die Kommunalaufsicht verlangt zudem eine Erwirtschaftung der Tilgungsleistungen (2024: 167.700 €) über den Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes. Diese Zielvorgaben

lassen sich im Jahr 2024 allerdings nicht realisieren. Im Haushaltsplanentwurf wird vielmehr ein Defizit von 1.603.500 € im Ergebnishaushalt unter Einrechnung der Einzelmaßnahmen in Höhe von insgesamt 576.000 € ausgeworfen. Daraus resultiert ein Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts in Höhe von 318.700 €.

Diese Summen stehen jedoch unter dem Vorbehalt der Novembersteuerschätzung und des Beschlusses des Kreistages zur Höhe des Kreisumlagehebesatzes.

Um den Ergebnishaushalt 2024 zu entlasten wäre es denkbar für die Straßenunterhaltung ein pauschales Budget von 300.000 € einzustellen, mit welchem auch die von den Ortschaften angemeldeten Unterhaltsmaßnahmen abgearbeitet werden könnten. Auch die weiteren aufgelisteten Einzelmaßnahmen wie z.B. der kommunale Gestaltungsbeirat oder die externe Bestandsaufnahme der kommunalen Straßen sind unter der Maßgabe des hohen Fehlbetrages und der möglichen Genehmigungsfähigkeit des Haushalts zu prüfen. Denkbar wäre zudem auch bei den Personalkosten einen pauschalen Abschlag von z. B. 200.000 € vorzunehmen, da in diesem Bereich voraussichtlich auch im Jahr 2024 wie in den Vorjahren Minderaufwendungen aufgrund unbesetzter Stellen, Krankheitsausfällen etc. entstehen werden. In einigen Kommunen und auch beim Landkreis Lörrach wird das so bereits gehandhabt, um die Planzahlen zu entlasten.

Die vollständigen Mittelanmeldungen für den investiven Bereich sind bei den Einzelmaßnahmen des Finanzhaushaltes aufgeführt. Der Finanzhaushalt 2024 beinhaltet viele kleinere Investitionsmaßnahmen, wird aber von der Maßnahme „Sanierung Rathaus Kandern“ mit einem Ansatz von 2,0 Mio. € und einem Zuschuss von 1,06 Mio. € dominiert. Hierzu soll auch eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000 € für die Restrate in 2024 festgesetzt werden. Zudem stehen u.a. auch Sanierungsarbeiten an den beiden Grundschulen an, wofür neben der Fachförderung auch jeweils ein Ausgleichstockantrag gestellt werden soll.

Weitere größere investive Projekte im Haushaltsplanentwurf 2024 sind die Umrüstung des Analogfunks auf Digitalfunk bei der Feuerwehr (125.000 €), eine weitere Planungsrate für die Sanierung des Freibades (94.000 €), eine Photovoltaikanlage auf dem neuen Kindergarten (60.000 €) und eine Planungsrate für die Ganztagesgrundschule(n) ab dem Schuljahr 2026/2027 (50.000 €). Die Digitalisierung der Grundschulen soll mit dem bestehenden Budget aus dem Digitalpakt umgesetzt werden.

Bei der Maßnahmendefinition für das Jahr 2024 ist auch das große bestehende Maßnahmenvollzugsdefizit (vgl. auch Höhe der Haushaltsausgabereste 2022: 8.569.087,37 €) zu beachten. Die Umsetzung bereits eingeplanter Maßnahmen sollte mit hoher Priorität erfolgen. Dies bindet erhebliche personelle Kapazitäten vor allem im Bauamt, so dass dieser Aspekt auch bei der Auswahl der im Jahr 2024 neu umzusetzenden Maßnahmen im Bereich der Bauunterhaltung und der Investitionen wiederum zu berücksichtigen ist. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass die in Vorjahren veranschlagten Plansummen aufgrund der hohen Kostensteigerungen im Bauwesen vermutlich nicht immer ausreichen werden.

In der Übersicht der Einzelmaßnahmen des Finanzhaushaltes sind zudem die jährlich wiederkehrenden investiven Grundansätze aufgeführt (58.100 € Nettobedarf). Die im Finanzhaushalt dargestellten Maßnahmen umfassen eine Gesamtsumme in Höhe von 1.808.200 € netto. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Liquiditätsreserve, der Maßnahmenliste sowie den Tilgungsausgaben in Höhe von 167.700 € verbleibt bei den liquiden Mitteln zum Jahresende 2024 planmäßig ein Restbetrag in Höhe von 367.400 € (Mindestliquidität: 358.000 €). Es sind

demnach noch Einsparungen vorzunehmen. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass weitere Kostensteigerungen bei laufenden oder noch nicht begonnenen Maßnahmen von dieser Liquiditätsreserve beglichen werden müssen.

Zudem sind auch für die Folgejahre insbesondere aufgrund der unsicheren Prognosen ausreichende Finanzpolster beizubehalten. In den Jahren 2025 ff. stehen u.a. die Umsetzung weiterer ELR-Maßnahmen, die Ersatzbeschaffungen von Feuerwehr- und Bauhoffahrzeugen, bauliche Maßnahmen für die Ganztagesgrundschule(n), die Sanierung des Freibades, Austausch von Heizungen und die Stadtsanierung III an. Daher müssen die geplanten „Großprojekte“ vom Gemeinderat priorisiert werden.

Folgende Fragestellungen beeinflussen auch massiv die künftigen Investitionsmöglichkeiten der Stadt Kandern:

Was passiert mit der Konjunktur? Welche FAG-Zuweisungen und Gewerbesteuereinnahmen sind realistisch?

Welche Investitionen kann sich die Stadt Kandern dauerhaft leisten (v.a. Folgekosten im Ergebnishaushalt)?

Wie entwickeln sich die Folgejahre? Welche Finanzpolster sollten beibehalten werden?

Bei der Definition von Maßnahmen und Haushaltsansätzen sowie bei der Mittelbewirtschaftung muss stets das oberste Ziel sein, dass auch zukünftig die kommunale Autonomie der Stadt Kandern bewahrt bleibt.

Insgesamt sind Investitionen in Höhe von 3.140.100 € und Einzahlungen in Höhe von 1.331.900 € aufgeführt. Im Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen ergibt sich daraus ein Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit in Höhe von 1.808.200 €. Der veranschlagte Finanzierungsbedarf unter Berücksichtigung, dass der Ergebnishaushalt einen Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 318.700 € erzielt, beträgt daher 2.126.900 €. Zudem stehen Tilgungsausgaben in Höhe von 167.700 € zur Auszahlung an. Nach der Jahreshochrechnung des Jahres 2023 stehen zum 31.12.2023 noch liquide Mittel in Höhe von 2,662 Mio. € zur Verfügung.

Im Jahr 2024 ist keine neue Kreditermächtigung eingeplant. Dies auch unter dem Aspekt der Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung 2024. Der Schuldenstand im Kernhaushalt beträgt zum Jahresende 2023 rund 2,29 Mio. €. Bei planmäßiger Tilgung im Jahr 2024 würde sich der Schuldenstand zum 31.12.2024 auf dann rund 2,13 Mio. € reduzieren.

In der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2025 bis 2027 werden nach den vorgenommenen Änderungen nun folgende Werte im Ergebnishaushalt ausgewiesen: 2025: -75.600 €, 2026: -538.100 €, 2027: -944.600 €. Dabei wurde eine Tarifsteigerung von 2,0% eingerechnet.

Im investiven Finanzplan wurden zum einen die Grundansätze sowie die neuen Projekte der Maßnahmenliste bereits eingearbeitet, zudem wurden die aus dem Entwurf des Gemeindeentwicklungskonzeptes herausgearbeiteten investiven Positionen der Stadt Kandern aufgeführt. Dies erfolgte allerdings nur für den Prognosezeitraum ohne einen konkreten Ansatz. Diese Finanzplanung soll wie in den Vorjahren als Arbeitspapier für die Jahre 2025 bis 2027 dienen.

Ab dem Jahr 2021 wurde ein Verfügungsrahmen für die Ortschaften zur selbständigen und flexiblen Mittelbewirtschaftung eingeführt. Die Gesamthöhe betrug im 2021 30.000 € und in den Jahren 2022 und 2023 jeweils 40.000 €. Diese Mittel werden anteilig nach den Parametern Einwohnerzahl, Gemarkungsfläche und Gebäudeanzahl auf die sechs Ortsteile sowie den Kernort verteilt. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen soll das Ortschaftsbudget im Jahr 2024 nicht erhöht werden.

Im Haushaltsplanentwurf sind neben dem Ergebnishaushalt und den Einzelmaßnahmen u.a. auch ein Organigramm zur Haushaltsstruktur, die Übersichten zu den Themen Personalausgaben, Bauunterhaltung und FAG sowie der Stellenplan enthalten.

Der Haushaltsplanentwurf enthält zudem die Erfolgspläne der beiden Sonderrechnungen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und die zugehörigen Maßnahmen im investiven Bereich.

Bei der Sonderrechnung Wasserversorgung sind im Erfolgsplan neben den fortgeschriebenen Grundansätzen u.a. Mehraufwendungen für die Sanierung der Quelfassung der Neubirkquelle (25.000 €), für hydraulische Netzberechnungen (50.000 €) und für Absturzsicherungen v.a. bei den Hochbehältern (30.000 €) eingeplant. Im investiven Bereich ist eine Einbruchssicherung bei den Hochbehältern (30.000 €) und eine Planungsrate für die Sanierung des Hochbehälters Holzen (80.000 €) vorgesehen.

Bei der Sonderrechnung Abwasserentsorgung sind im Erfolgsplan neben den fortgeschriebenen Grundansätzen u.a. Mehraufwendungen für eine Prüfung der Durchflussmenge bei der Kläranlage Hammerstein (20.000 €) eingeplant. Im investiven Bereich ist u.a. eine Nachfinanzierung für den Ersatz der Schaltschränke in der Kläranlage (165.000 €), der Ersatz des Blockheizkraftwerks bei der Kläranlage (300.000 €), der Neubau des Regenrückhaltebeckens in Feuerbach (530.000 €), eine weitere Rate für den Generalentwässerungsplan (100.000 €) sowie der Austausch eines Kanals im Stichweg von der Ziegelstraße zur evangelischen Kirche Kandern (250.000 €) vorgesehen.

Für das Jahr 2024 stehen auch wieder die Gebührenkalkulationen für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung für die Jahre 2024 und 2025 an. Diese werden im November beraten und beschlossen.

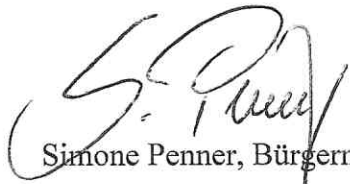
Die wichtigsten Daten des Haushalts 2024 sind in den ausgehändigten Flyern in gewohnter Form zusammengefasst.

Die Verwaltung bittet den Ortschaftsrat um Kenntnisnahme und Diskussion, wie der Haushaltsplan-Entwurf für 2024 zu gestalten und auszugleichen ist.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme und Diskussion über die Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfes 2024 für den Kernhaushalt sowie für die Sonderrechnungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Kandern, den 24.10.2023



Simone Penner, Bürgermeisterin



Merkel

Zusammenfassung

Saldo Ergebnishaushalt (Stand 24.10.2023):	-1.027.500,00 €
davon Personalausgaben	7.337.800,00 €
davon Saldo aus Abschreibungen und Auflösungen (nicht zahlungswirksam):	1.284.800,00 €
zusätzliche angemeldete Einzelmaßnahmen	576.000,00 €

Saldo ErgHH einschließlich angemeldete Einzelmaßnahmen (wie oben):	-1.603.500,00 €
---	------------------------

Zahlungswirksamer Saldo ErgHH nach Ausgleich max. (bisherige Zuführungsrate):	-318.700,00 €
---	---------------

Finanzhaushalt, Investitionen: Vorschlag Verwaltung	
Einzahlungen	-1.331.900,00 €
Auszahlungen	3.140.100,00 €
Finanzierungsmittelbedarf Investitionstätigkeit	1.808.200,00 €

Veranschlagter Finanzierungsbedarf	2.126.900,00 €
---	-----------------------

Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0,00 €
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	167.700,00 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit	167.700,00 €

Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	2.294.600,00 €
--	-----------------------

Voraussichtlicher Bestand an liquiden Mittel zum 01.01.2024	2.662.000,00 €
Voraussichtlicher Bestand an liquiden Mittel zum 31.12.2024	367.400,00 €
(Mindestbestand nach § 22 GemHVO)	358.015,42 €
Voraussichtlicher Bestand an liquiden Mittel zum 31.12.2024 abzgl. Mindestl.	9.384,58 €

§ 80 Abs. 3 GemO

Ist ein Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten und Ausschöpfung aller Ertragsmöglichkeiten sowie Verwendung des Sonderergebnisses und von Überschussrücklagen nicht möglich, kann ein Fehlbetrag in die drei folgenden Haushaltsjahre vorgetragen werden. Ein danach verbleibender Fehlbetrag ist mit dem Basiskapital zu verrechnen. Das Basiskapital darf nicht negativ sein.

